

INDISCHE STIMMUNGEN VOR DEM KRIEGE.
VON J. JOLLY.

Über die freibetliche Bewegung des großen Indervolkes dringen seit dem Beginn des Weltkrieges und der gewaltsamen Unterbindung unseres gesamten Verkehrs mit Indien nur spärliche und vereinzelte Nachrichten zu uns heraus. Daß die Bewegung trotz aller Repressivmaßregeln nicht stille steht, zeigen die energischen Beschlüsse des indischen Nationalkongresses, der seine alljährliche Tagung Ende 1915 unter großen Schwierigkeiten in Bombay abhielt. Bei dieser Tagung trat nach Zeitungsnachrichten mehr als sonst das mohammedanische Element hervor, so daß der Krieg mit einer mohammedanischen Vormacht wie die Türkei für sehr bedauerlich und ein möglichst baldiger Friedensschluß für dringend wünschenswert erklärt werden konnte. Auch wurde beschlossen, aus Mitgliedern des Kongresses und der mohammedanischen Liga (Mohammedan League) Indiens einen Ausschuß zu bilden, welcher dem Vizekönig Vorschläge über die künftige Regierung des Landes nach dem Kriege und über die Einführung allgemeiner Selbstverwaltung machen sollte. Die englische Regierung in Indien ist an ein so despotisches Vorgehen gewöhnt, daß das Zustandekommen solcher Beschlüsse mitten in der Kriegszeit überraschen muß.

Offener und freier konnten die indischen Reformer ihre Meinungen in der Zeit vor dem Kriege äußern. So mögen hier einige solche Stimmen Platz finden aus dem Jahrgang 1912 der in Kalkutta erscheinenden Zeitschrift „The Modern Review“, und zwar ist es die gemäßigte hinduistische Reformpartei, die in diesem Organ zum Worte kommt, eine Partei, die im Gegensatz zu den gerade in Bengalen stark vertretenen, durch ihre öfteren Bombenattentate bekannten Revolutionären keine völlige Verdrängung der Engländer, sondern nur eine weitgehende Autonomie erstrebt, andererseits auch manche Spitzen gegen den mohammedanischen Teil der Bevölkerung hat.

Im Vordergrund aller Reformwünsche der Hindus wie der Mohammedaner steht die Personalfrage, was auch der englischen Regierung genau bekannt ist, weshalb sie im Jahr 1912 eine Kommission einsetzte, die über die ausgedehntere Verwendung von geborenen Indern im Staatsdienst beraten sollte. Solchen Beschäftigungskommissionen wird im Lande in der Regel wenig Vertrauen entgegengebracht, da sie meist aus Engländern bestehen, die natürlich nur solche Vorschläge machen, bei denen sie der Zustimmung ihrer Vorgesetzten sicher sein können. So ist auch in dem vorliegenden Fall durch

eine starke englische Mehrheit in der Kommission dafür gesorgt, daß die englischen Interessen gewahrt bleiben. Um so schärfer werden die Interessen der Eingeborenen an dieser Frage hervorgehoben in einem ausführlichen Artikel der genannten Zeitschrift, der von einem Bengalen herrührt. Eine Statistik über die Besetzung der Beamtenstellen in den hauptsächlichsten Provinzen ergibt für das Jahr 1912 folgendes Bild:

	Inder	Engländer
Bombay	10	167
Bengalen	12	163
Madras	9	165
Bihar	4	151
Birma	0	126
Vereinigte Provinzen	12	225
Punjab	3	140
Zentralprovinzen	4	91
	54	1228

Wie es große Provinzen gibt, in denen das eingeborene Element unter der Beamenschaft gar nicht oder fast gar nicht vertreten ist, so gibt es auch wichtige Zweige des Regierungsdienstes, wie den Forstdienst, den höheren Polizeidienst, den Münzdienst, in welchen auch nicht ein einziger Eingeborener angestellt ist.

In leitenden Stellungen sind durchwegs nur Engländer tätig, so als Provinzgouverneure, als Sekretäre des Vizekönigs, der ausschließlich aus der englischen Aristokratie gewählt wird und auch in seinem Staatsrat nur englische Beamte um sich hat, mit alleiniger Ausnahme des Justizministers, der ein indischer Mohammedaner ist.

Alle diese Stellungen sind nicht nur sehr angesehen und einflußreich, sondern sie sind auch glänzend dotiert, von dem Vizekönig, der eine Besoldung von ca. 400.000 M. bezieht, mit Nebeneinnahmen, die fast ebenso hoch geschätzt werden, und den drei Statthaltern der größten Provinzen mit einem Gehalt von ca. 160.000 M. angefangen bis herab zu den jungen Anfängern, die mit 8000 M. beginnen, sobald sie den indischen Boden betreten haben, um bald auf 12.000 M. zu steigen und oft als Bezirksamtmänner oder Oberlandesgerichtsräte mit ca. 60.000 M. Gehalt zu endigen, wenn sie nicht noch höher kommen oder sich schon zeitig mit einer hohen Pension in ihre englische Heimat zurückziehen.

Die Zurücksetzung der Landeskinder in der Beamtenlaufbahn ist, wie der Verfasser des erwähnten Artikels ausführt, um so empfindlicher für dieselben, als sie für ihre Dienste viel schlechter besoldet sind wie englische Beamte gleicher Stellung.

Oft beträgt ihr Gehalt nur einen Bruchteil von dem, das der englische Kollege bezieht. Zu gunsten dieser Ungleichheit machen die englischen Beamten wohl geltend, das tropische Klima mache für den Europäer und seine Familie manche Ausgaben notwendig, die der an die Hitze gewöhnte Eingeborene sich ersparen könne. Darum bleibt es aber für gebildete Inder nicht weniger kränkend, für die gleiche Arbeitsleistung einen geringeren Lohn zu empfangen als ihre europäischen Amtsgenossen, zumal da sie als Eingeborene letzteren an Einsicht in die Verhältnisse und Bedürfnisse des Landes weit überlegen sind. Gleiche Gehälter für Inder und Europäer, ist also hier die Lösung. In der größeren Billigkeit des Lebens in Indien können die erhöhten Bedürfnisse der Europäer an Komfort ihren Ausgleich finden. Daher ist es auch unnötig, daß auf Kosten des indischen Steuerzahlers so übermäßig hohe Besoldungen gewährt werden wie dies tatsächlich geschieht. Eine Besoldung von 24.000 M. wird als Maximalgehalt vorgeschlagen, nur die Spitzen, wie der Vizekönig und seine Räte, die Provinzgouverneure und Oberlandesgerichtsrate sollten noch höhere Gehälter beziehen. Schon vor vielen Jahren habe der bekannte Arbeiterführer John Bright in England die Besoldungen der englischen Beamten in Indien als monströs bezeichnet und auf die bescheidenen Einkünfte hingewiesen, mit denen die Missionäre und selbst viele englische Kaufleute in Indien auszukommen wüßten.

Auch der Umstand, daß die Prüfungen für den indischen Zivildienst nicht im Lande selbst, sondern in London abgehalten werden, bildet einen alten Beschwerdepunkt. Es liegt auf der Hand, wie sehr durch diese Einrichtung den indischen Prüflingen die erfolgreiche Beteiligung an der Prüfung erschwert wird, außer wenn sie sehr bemittelt sind, zumal ein längerer Aufenthalt in der feuchtkalten Atmosphäre Englands für den an ein tropisches Klima gewöhnten Inder gefährlich ist und leicht den Grund zu schweren Lungenleiden legt. Daher wird hier gefordert, den Sitz der Prüfungen nach Indien zu verlegen. Auch sollten nur solche Engländer sich daran beteiligen dürfen, die von in Indien ansässigen Eltern abstammen und daher mit der Sprache und den Sitten des Landes vertraut sind. Die letztere Forderung ist offenbar dadurch hervorgerufen, daß nur zu oft ganz junge Engländer mit einer guten Prüfungsnote, aber ohne alle Kenntnis der indischen Verhältnisse zur Verwaltung eines der indischen Millionendistrikte berufen werden, wo dann schwere Mißgriffe nicht ausbleiben können. Da war das Verfahren zur Zeit der Ostindischen Kompagnie noch besser, wo sich eine gute Tradition über die erforderlichen Verwaltungs-

maximen erhielt innerhalb der wenigen anglo-indischen Familien, die damals über Indien verfügten, wenn auch mancher Nepotismus vorkam, der unfähige Leute in verantwortliche Stellen hineinschob. In jenen Zeiten konnten sich auch mehr als jetzt enge Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten entwickeln, weil noch kein Suezkanal die häufigen Urlaubsreisen ermöglichte, durch die jetzt die englischen Beamten die Einförmigkeit ihres Aufenthaltes in Indien unterbrechen, bis die Stunde der ersehnten dauernden Heimkehr in das Vaterland geschlagen hat.

Das Endziel der Reformer wäre erreicht, wenn nur die eigentlichen Spitzen, der Vizekönig nebst den Gouverneuren und der Höchstkommmandierende Engländer wären und alle übrigen Stellen in indischen Händen lägen und die Besoldungen jener Spitzen auf Kosten des englischen Budgets gingen. Natürlich dehnen die englischen Kreise den eisernen Bestand (irreducible minimum) englischer Beamten viel weiter aus, ohne den es unmöglich sein soll, die englische Herrschaft in Indien zu behaupten. Ja, „die Anzahl der englischen Angestellten in allen Zweigen des Staatsdienstes nimmt von Tag zu Tag zu, indem die Imperialisten der Gegenwart Indien als den natürlichen Tummelplatz aller in der englischen Heimat schiffbrüchig gewordenen Existenzen betrachten“. Besonders in der Militärverwaltung scheint das englische Element gegen früher zugenommen zu haben.

Soweit der Verfasser dieses Artikels; noch viel radikalere Ansichten äußerte der in Deutschland ausgebildete Pillai, ein Südiander, in seinem 1914 in Göttingen gedruckten Vortrag: „Deutschland — Indiens Hoffnung“, wo es als der lebenslängliche Wunsch eines jeden Hindus bezeichnet wird, sein Land aus den Klauen des gierigen Engländers zu befreien. Lehrreich ist es auch, die Verhandlungen früherer Nationalkongresse zu betrachten, in denen folgende Forderungen besonders hervortreten: völlige Gleichstellung der Eingeborenen mit den Engländern in politischer und sozialer Beziehung; Ausgestaltung des Nationalkongresses, der bisher nur eine Privatvereinigung ist, zu einem Nationalparlament; Trennung von Justiz und Verwaltung; Zulassung der Eingeborenen auch zu den höheren Offiziersstellen in der indischen Armee; Abschaffung der harten Ausnahmsgesetze von 1910 über die indische Presse und über öffentliche Versammlungen; Abstellung der Klagen über schlechte Behandlung der in englischen Kolonien, besonders in Südafrika, ansässigen Inder; Einführung des allgemeinen obligatorischen und unentgeltlichen Schulunterrichtes; Ermäßigung der drückenden Grundsteuern; Ausbau

der Zölle als Schutzzölle, um die Überschwemmung des Landes mit Erzeugnissen der englischen Industrie, besonders mit billigen Textilstoffen aus

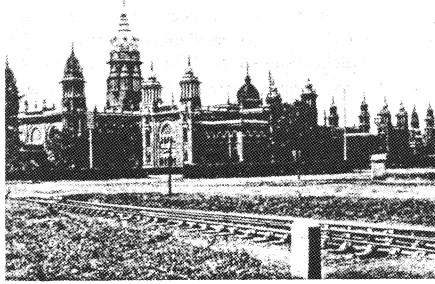


Abb. 1. Justizpalast in Madras.

Lancashire, zu verhindern. Den Schutz der heimischen Industrie bezweckt auch die Svadeshi-Bewegung (von s v a d e s h i, eigenes Land, Heimat), welche dafür eintritt, nur indische Industrieprodukte zu kaufen.

Über manche der obigen Forderungen ist der Zeitschrift „Modern Review“ Näheres zu entnehmen. So wird dort die Bedeutung der indischen Niederlassungen in Südafrika hervorgehoben, die so alt sind, daß die indischen Kolonisten in Mosambik schon Vasco da Gama den Seeweg nach Ostindien wiesen, als er 1498 nach Mosambik gekommen war. Wie in dieser portugiesischen Kolonie, so wohnen auch in Deutsch-Ostafrika bekanntlich viele Inder, am stärksten aber sind sie in Britisch-Südafrika vertreten und bilden z. B. in Natal über die Hälfte der Einwohnerschaft, obwohl sie gerade in dieser Kolonie, die ihren fleißigen Händen viel verdankt, seit 1895 durch die Einführung einer äußerst drückenden Abgabe empfindlich geschädigt sind. Im Transvaal ist die indische Einwanderung wegen Verweigerung politischer Rechte und sonstigen Bedrückungen schon stark zurückgegangen. „Jeder gebildete Inder weiß, daß seine Landsleute als die Parias unter den Völkern angesehen und behandelt werden von den Weißen im allgemeinen, besonders aber von den britischen Kolonisten.“ Auch in Kanada haben die indischen Einwanderer schlechte Erfahrungen gemacht.

Auf kommerziellem Gebiet wird lebhaft Klage geführt über die 3 $\frac{1}{2}$ prozentige Abgabe, die seit 1896 von allen in den indischen Baumwollspinnereien fabrizierten Baumwollstoffen erhoben wird, lediglich um die Konkurrenzfähigkeit der indischen Baum-

wollindustrie mit der englischen aufzuheben oder zu schwächen. Früher waren die feinen indischen Musseline in der ganzen Welt geschätzt und noch im Jahre 1815 war Indien im stande, nicht allein seine eigene so zahlreiche Bevölkerung mit Kleidung zu versehen, sondern noch Baumwollgewebe im Wert von 26 Millionen Mark nach England zu senden. Dann kehrte sich mit der Einführung des Maschinenbetriebs in England dieses Verhältnis allmählich um, zumal da auf die Importe aus Indien riesige Zölle gelegt wurden, und um 1850 hatte Indien mit dem Export von Baumwollwaren nach England fast aufgehört, während es von dort fast das Dreifache seines gesamten Exports einführte. Erst von den Fünfzigerjahren des vorigen Jahrhunderts ab entstanden auch in Indien große, mit Dampf betriebene Baumwollspinnereien, aber die Prosperität dieser Unternehmungen leidet unter der erwähnten Steuer, auch sind die Anlagekosten viel höher als in England, die Arbeiter zwar schlecht bezahlt, aber auch sehr wenig leistungsfähig, der Bankzinsfuß ist viel höher als in Europa. So hat

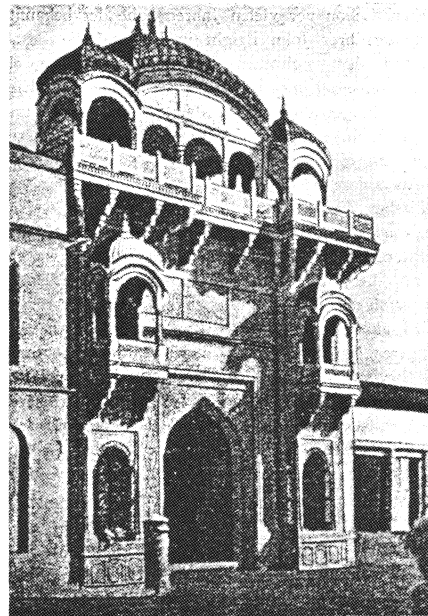


Abb. 2. Torweg in Benares.

der maschinelle Betrieb mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, er steht an Quantität seiner Erzeugnisse auch noch weit hinter den Produkten der Haus-

industrie zurück, die in den Händen der uralten Weberkasten des Landes liegt. Daß aber diese Hausindustrie auf die Dauer nicht mit der Großindustrie konkurrieren kann, liegt auf der Hand.

Auf dem wichtigen Gebiet des Volksunterrichtes haben zwar die maßgebenden Kreise jetzt das alte Vorurteil aufgegeben, daß die Pflege der Landessprachen und die Entwicklung einer größeren Literatur in diesen Sprachen die englische Herrschaft gefährden könne und es daher besser sei, durch Unterweisung im Englischen die Gedanken und Gefühle des Volkes in englische Kanäle zu leiten. Der Durchschnittsengländer sieht es aus nationaler Eifersucht sogar lieber, wenn die Inder das Englische nur radebrechen und bevorzugt einen rückständigen Inder vor einem fortschrittlichen, weil der erstere keinen Versuch macht, sich ihm gleichzustellen. Der Elementarunterricht ist aber noch viel zu wenig entwickelt und nach der letzten Statistik können nur 59 Prozent der Inder lesen und schreiben, so daß also die Analphabeten eine starke Mehrzahl bilden. Am auffallendsten ist die Unbildung bei den Frauen, von denen nur 1 Prozent lesen und schreiben kann. Dabei sind die Volksschulen eine uralte Einrichtung in Indien.

Hier kann auch auf die berechtigten Klagen über Vernachlässigung der überlieferten einheimischen Wissenschaft und Kunst des Landes hingewiesen werden. Die Pandits, die Träger der uralten Sanskritgelehrsamkeit, finden keine Beachtung und sterben aus. Die herrliche Baukunst, deren Denkmäler die europäischen Reisenden in Agra und Delhi, in Benares und Tanjore staunend bewundern, ist in der indischen Tradition noch nicht erloschen, gibt es doch in den Vereinigten Provinzen noch viele Steinmetzen, Mistri genannt, die ihren Stammbaum auf die Erbauer des berühmten Tadsch Mahal in Agra zurückführen, wie auch anderwärts die alten Baustile noch fortleben. Trotzdem bleiben die in mohammedanischem oder dravidischem Stil aufgeführten modernen Gebäude nach der Art des Justizpalastes in Madras, des Bezirksamtes in Tanjore, eines Torwegs in Benares ganz vereinzelt. Ein englischer Architekt, Grouse, der in dem ihm unterstellten Bezirk aus eigenem Antrieb öffentliche Gebäude in mohammedanischem Stil herstellen ließ um die einheimischen Kräfte zu beschäftigen, wurde mit Strafversetzung bestraft. Den Befürwortern indischer Stile in Kalkutta entgegnete Lord Curzon, der damalige Vizekönig, Kalkutta sei eine europäische Stadt und ein indischer Baustil dort nicht am Platze.

So machen sich überall in den großen Städten öffentliche Gebäude im Renaissance- oder europäischen Mischstil breit, gotische Spitzen steigen aus Palmen und Bambusbäumen empor, die Architektur harmonisiert weder mit der Naturumgebung noch entspricht sie den klimatischen Bedingungen des Landes.

Alle solchen großen und kleinen Beschwerden würden rasch erledigt werden, so wie das Verlangen nach Selbstverwaltung und nach Verstärkung des einheimischen Beamtentums erfüllt würde. Dieser Hauptwunsch der indischen Reformer ist aber gerade der Punkt, in dem die englische Regierung trotz aller schönen Versprechungen am wenigsten zum Nachgeben geneigt ist. Eher würde man noch neue Stellen schaffen, um den Wünschen der zahlreichen englischen Bewerber nach einem indischen Amt entgegenzukommen. Ist nun bei der Unnachgiebigkeit der englischen Gewalthaber zu erwarten, daß die mannigfachen einzelnen Auflehnungen gegen das englische Regiment, von denen die Zeitungen berichtet haben, sich zu einer allgemeinen Revolution verdichten werden, etwa nach der Art des großen Sepoyaufstandes von 1857? Es ist schwer zu sagen, ob sich der Nationalismus in Indien stärker erweisen wird als in den anderen bisher von dem Weltkrieg heimgesuchten Ländern, wo überall die Regierungsgewalt bisher die vor dem Krieg prophezeiten nationalen Bewegungen niederzuhalten vermochte. Auch der herrschende Kastengeist verhindert ein geschlossenes Auftreten und besonders ist der religiöse Gegensatz zwischen den Hindus und Mohammedanern noch nicht überbrückt. Ein bekannter indischer Staatsmann, der Brahmane Sir Mādhava Rāo, hat einmal Indien ohne die Engländer mit einem zoologischen Garten verglichen, in dem man die Käfige der Tiere geöffnet hat. Die notwendige Folge wäre ein Kampf aller gegen alle, bei dem nur der Tiger übrigbleiben und siegreich über die Leichen der anderen Tiere hinwegschreiten würde. „Und wer wäre der Tiger?“ fragte man. „Der Mohammedaner von Nordindien,“ meinte der indische Minister. Man kann aus dieser Äußerung entnehmen, wie scharf damals die alten Gegensätze noch waren, immerhin haben seitdem die Nationalkongresse zu einer gegenseitigen Annäherung geführt. Sollte während des Krieges die Ruhe dauernd erhalten bleiben, so ist doch ein neues Aufflammen des Nationalismus nach dem Kriege mit Sicherheit zu erwarten. Das ganze indische Volk wird für die Opfer an Blut und Geld, die es für ein fremdes Reich in diesem Kriege gebracht hat, seinen gebührenden Lohn fordern.

